



Präsentation im Landtag: Walter Stickan vom IWF Göttingen. PH

HANNOVER / Institut für den Wissenschaftlichen Film

Belegschaft des IWF protestiert vor Landtag

Vor dem Landtag in Hannover haben gestern Mittag rund 80 Mitarbeiter des Deutschen Institutes für den Wissenschaftlichen Film aus Göttingen gegen drohende Schließung des IWF protestiert.

Im Foyer des Landtags präsentierte sich das Institut, das zu den Forschungseinrichtungen der „Blauen Liste“ gehört, zudem mit einer Leistungsschau, bei dem es sich als „Medienhaus im Wechsel“ vorstellte.

Vertretern des Betriebsrates führten während der Mittagspause der Landtagssitzung ein Gespräch mit den Abgeordneten der Region (Hartwig Fischer, Thomas Oppermann, Hulle Hartwig, Dr. Achim Block und Heidi Lippmann-Kasten) sowie Staatssekretär Dr. Uwe Reinhardt vom Mini-

sterium für Wissenschaft und Kultur.

Reinhardt riet den IWF-Vertretern, nicht so sehr an einem neuen Konzept zu arbeiten („Das was vorliegt, ist sicher ausreichend). Wichtig sei vielmehr, die entscheidenden Stellen davon zu überzeugen, daß es auch in der nächsten Generation nötig sei, ein solches Wissenschaftsinstitut zu unterhalten. Wenn alle „Kunden“ des Institutes mobilisiert würden und diesen Bedarf nachwiesen, habe man gute Chancen. Reinhardt: „Sie müsse uns Argumentationshilfen liefern“.

Entscheidung im November?

Überzeugt werden müßten nämlich nicht die niedersächsischen Politiker (die ohnehin gerade ein interfraktionelles Memorandum planten), son-



Demonstration außerhalb der Bannmeile des Landtags: die Belegschaft des IWF. PH

dern die Vertreter der Bundesländer, die neben dem Bund im Aufsichtsrat der Blauen Liste sitzen, so Reinhardt. Nach seiner Einschätzung wird die zuständige Bund-Länder-Kommission nicht vor ihrer November-Sitzung mit der Frage beschäftigen, ob das IWF aus der Blauen Liste gestrichen werden soll.

Dies würde die Kürzung der bisher von Bund und Land Niedersachsen zu je 50 Prozent getragenen Mittel bedeuten. In Niedersachsen sind außer dem Göttinger Institut zwei weitere der bisher sieben im Land ansässigen Forschungseinrichtungen der Blauen Liste betroffen: Das Institut für Erdöl- und Erdgasforschung in Clausthal-Zellerfeld sowie das niedersächsische Landesamt für Bo-

denforschung – Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben in Hannover. Über diese beiden Institute werde die Bund-Länder-Kommission bereits während ihrer Juni-Sitzung beraten, sagte Reinhardt im Anschluß an das Gespräch gegenüber dem Tageblatt.

Negatives Landesgutachten

Nach einer Bewertung durch den Wissenschaftsrat war das Göttinger Institut im Herbst 1996 beauftragt worden, ein neues Konzept zu entwickeln. Das Land Niedersachsen beauftragte daraufhin Gutachter, die zum Medienkonzern Bertelsmann gehören, mit der Begutachtung.

Ihr Fazit: „Die Gutachter können somit, auch unter Einbeziehung der noch nachgeforderten Unterlagen (Busi-

ness-Plan) – in dem vorgelegten Konzept keine hinreichend belastbare Grundlage erkennen, auf die sich eine Zukunftsentscheidung zur Fortführung des Instituts im vorgeschlagenen Umfang gründen ließe“. In zwei Briefen an Ministerpräsident Gerhard Schröder wendete sich die IWF-Belegschaft vor allem gegen die Auswahl der Gutachter: „Ihr Gutachter Bertelsmann baut in Babelsberg mit massiver Unterstützung des Landes Brandenburg, der Europäischen Union und des Bundes ein High-Tech-Center und spekuliert auf die Übernahme des wissenschaftlichen Springer Verlages in Berlin. ... Man kann ihn schon förmlich nach dem wertvollen Filmarchiv des IWF die Hände ausstrecken sehen.“

KOMMENTAR

Interessen vertreten

VON ILSE STEIN

Die eigenen Interessen zu vertreten, will gelernt sein. Da nützen das beste Konzept, die größte Motivation der Mitarbeiter nichts – wenn das Institut für den Wissenschaftlichen Film nicht bald lernt, zwischen filmischer Darstellung und Selbstdarstellung zu unterscheiden, wird es kaum eine Überlebenschance haben. In der Politik gibt es nun mal die Lobbyisten nicht ohne Grund, gibt es gezielte Einflußnahme (auf die wirklich wichtigen Personen) im Vorfeld einer Entscheidung. Eine Demo oder ein offener Brief hingegen ringen einem Politiker höchstens noch ein müdes Lächeln ab.

Institut unbenannt

Der Senat der Universität hat der Umbenennung des Instituts für Angewandte Mechanik und Strömungstechnik in „Institut für Nichtlineare Dynamik“ zugestimmt.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Kinderarbeit

Das Entwicklungspolitische Forum bietet in diesem Semester drei Vorträge an. Den ersten über „Kinderarbeit in der Folge von neoliberaler Wirtschaftspolitik in El Salvador“, hält am Donnerstag, 24.